
PRESSEMITTEILUNG

14. Dezember 2001

Weg für multinationale Zusammenarbeit bei Luftreinhaltung im Bodenseeraum geebnet

Interreg II-Projekt "Grenzübergreifende Bewertung der Luftqualität im Bodenseeraum" erfolgreich abgeschlossen

"Luftschadstoffe kennen keine Grenzen, deshalb ist bei der Luftreinhaltungspolitik eine multinationale Zusammenarbeit von großer Bedeutung. Das von der EU geförderte Projekt 'Grenzübergreifende Bewertung der Luftqualität im Bodenseeraum' ist ein wichtiger Schritt zu einer koordinierten Luftqualitätsüberwachung in dieser Region", sagte Dr. Günter Mezger vom Umwelt- und Verkehrsministeriums am Freitag (14. Dezember 2001) anlässlich der Präsentation des Abschlussberichtes des Interreg II-Projektes in Konstanz. Erstmals haben das Land Vorarlberg, das Fürstentum Liechtenstein, die Schweizer Kantone Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Glarus, Graubünden, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau und Zürich sowie Bayern und Baden-Württemberg eine grenzübergreifende Gesamtschau über den Zustand und die Überwachung der Luftqualität im Bodenseeraum vorgenommen. Unter der Federführung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg wurden seit 1999 für ein Gebiet von etwa 15.800 km² circa 7,5 Millionen Luftmessdaten der Jahre 1990 bis 2000 zusammengetragen oder erhoben und ausgewertet. Bis das Ziel einer multinationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Luftreinhaltung im Bodenseeraum erreicht werde, seien jedoch einige Anstrengungen erforderlich. "Die Regierungskonferenz der Internationalen Bodenseekonferenz hat am 7. Dezember 2001 die Einsetzung eines Koordinationsgremiums beschlossen, das die Ergebnisse des Interreg II-Projektes in konkrete Maßnahmenvorschläge umsetzen soll", erklärte Dr. Mezger.

Das multinationale Projekt kostete rund 570.000 EURO, die aus Mitteln des Interreg II-Programms des europäischen Fonds für regionale Entwicklung in Höhe von circa 140.000 EURO (rund 24 Prozent) gefördert wurden. Etwa drei Viertel der Kosten haben die Projektteilnehmer in Form von Eigenleistungen getragen. Baden-Württemberg hat sich dabei mit rund 170.000 EURO (31 Prozent), Bayern mit 20.000 EURO (4 Prozent), das Land Vorarlberg mit circa 150.000 EURO (27 Prozent) und die Ostschweizer Kantone sowie das Fürstentum Liechtenstein mit rund 80.000 EURO (14 Prozent) beteiligt.

Die Datenerhebung und -analyse hat die deutsch-schweizerische Arbeitsgemeinschaft der UMEG (Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit Baden Württemberg) in Karlsruhe und der Emch+Berger AG in St. Gallen übernommen. Die beiden Institutionen kooperierten dabei eng mit dem bayerischen Landesamt für Umweltschutz, dem Umweltinstitut des Landes Vorarlberg und den Fachstellen der beteiligten Ostschweizer Kantone sowie des Fürstentums Liechtenstein. Untersucht wurden im Einzelnen die Verbreitung von Messnetzen, Lücken oder Redundanzen in den Messnetzen, die Methoden bei der Messtechnik und die Luftbelastung im Vergleich.

Aufgrund der nationalen Unterschiede in der Gesetzgebung verfolgen die Länder unterschiedliche Messstrategien; dennoch sind die Messnetze im Bodenseeraum für die wichtigsten Schadstoffe gut ausgebaut. An mehr als 700 Messorten im Projektgebiet wurden zwischen 1990 und 2000 kontinuierlich oder zeitweise die Luftschadstoffe Stickstoffdioxid, Ozon, Schwebstaub, Staubniederschlag, Benzol, Ruß, Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid gemessen.

Die vorhandene Datenbasis erlaubt einen fundierten grenzübergreifenden Vergleich der Luftbelastung. Bei den meisten untersuchten Luftschadstoffen gab es keine Überschreitungen der nationalen oder EU-Grenzwerte. Ausnahmen bilden dabei allerdings die Schadstoffe Stickstoffdioxid, Ozon und der Feinstaub PM10. Der EU-Grenzwert ab 2005 für Stickstoffdioxid (im Jahresmittel: $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$) wurde an 43 von 287 Messorten überschritten, der

Grenzwert der Schweiz ($30 \mu\text{g}/\text{m}^3$) an 106 Messorten. Der EU-Schwellenwert für Ozon - wird ein "Schwellenwert" überschritten, muss die Bevölkerung unterrichtet werden - von $180 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (1-Stundenmittelwert) wurde im Sommer 1999 an acht Messstationen überschritten, der Grenzwert der Schweiz für das höchstzulässige Stundenmittel und der österreichische Vorsorgegrenzwert ($120 \mu\text{g}/\text{m}^3$) an 24 Messstationen. Der ab 2005 gültige EU-Grenzwert für den Feinstaub PM10 ($40 \mu\text{g}/\text{m}^3$) wurde lediglich an einem der insgesamt nur 27 Messpunkte, der in der Schweiz und in Liechtenstein geltende Grenzwert ($20 \mu\text{g}/\text{m}^3$) an den meisten Messstandorten überschritten.

Bei der Suche nach Lücken oder Redundanzen in den Messnetzen wurde festgestellt, dass bei Stickstoffdioxid die Standorte mit höheren Belastungen tendenziell unterrepräsentiert sind. Bei Ozon liegen kaum Messungen aus Randzonen von Ballungsgebieten vor, die allerdings von Interesse wegen der dort befindlichen Freizeiteinrichtungen und der Funktion dieser Zonen als Erholungsräume sein könnten.

Aus den Erkenntnissen des Interreg II-Projektes wurden Vorschläge für eine koordinierte Überwachung der Luftqualität abgeleitet. Die beteiligten Länder wollen sich auf ein gemeinsames Typisierungssystem von Messstandorten einigen. Die Messmethoden sollen vor allem bei Benzol, Ruß und dem Feinstaub PM10 abgestimmt werden. Bei Ozon muss in einer weiteren Untersuchung der Frage nachgegangen werden, ob sich Belastungsunterschiede an vergleichbaren Standorten im Mittel über mehrere Jahre ausgleichen und wie weit verbleibende Unterschiede mit kleinräumigen meteorologischen Einflüssen erklärbar sind. Darüber hinaus ist eine einheitliche grenzübergreifende Darstellung der Luftbelastungssituationen im Internet und die Einrichtung einer gemeinsamen Datenbank in Planung.

Die Ergebnisse des Interreg II-Projektes können im Internet unter www.umeg.de/ausgberichte/index.html eingesehen werden.